

„Es ist zu wenig, nur die Wirtschaft einzubinden“

Acht Umweltorganisationen kritisieren das Vorgehen der Landesregierung beim Naturschutzgesetz. Diese widerspricht den Vorwürfen.

SCHWARZACH Die geplante Novellierung des mehr als 30 Jahre alten Gesetzes über Naturschutz und Landschaftsentwicklung (GNL) sorgt weiter für scharfe Kritik. „Allein den Wunschzettel der Wirtschaft abzuarbeiten, ist zu wenig“, sagt Rainer Siegele, Obmann des Naturschutzbundes Vorarlberg und Sprecher einer Allianz von acht Naturschutzorganisationen in Richtung Landesregierung. Diese fordert in einem offenen Brief die Einbindung der Naturschutzanwaltschaft.

Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Gantner (beide ÖVP) begründen die Novelle mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und ein „gutes Miteinander von Naturschutz und Wirtschaft“ zu schaffen. Das bestehende Gesetz sei in den vergangenen Jahrzehnten „überbordend“ ausgelegt worden.

Den Vorwurf eines einseitigen Reformprozesses weist Gantner auf VN-Nachfrage zurück: „Mit dem GNL-Novellierungsprozess wurde im März 2025 begonnen. In den Prozess wurden die wesentlichen Akteure in einem Ausmaß, das bei Gesetzesvorhaben keineswegs selbstverständlich ist, insbesondere bereits zu einem so frühen Zeitpunkt, eingebunden.“

Neben den Naturschutzsachverständigen der Bezirkshauptmannschaften seien auch die Umwelt- und Klimaschutzsprecher der Landtagsfraktionen sowie die Naturschutzanwältin involviert gewesen. Die Industriellenvereinigung sei – entgegen der Darstellung im offenen Brief – nicht eingeladen worden. Alle eingebrachten Vorschläge seien im vergangenen Jahr auf ihre Umsetzbarkeit geprüft worden. Zudem habe er dem Naturschutzbund bei dessen Jahres-



„Klima und Biodiversität haben sich in den letzten 30 Jahren drastisch verändert.“

Rainer Siegele
Naturschutzbund Vorarlberg

reiben bekommen zu Vorschlägen, wie man es vereinfachen kann. Das entspricht aber nicht meiner Vorstellung von Verbesserungen.“ Bereits gegenüber den VN hatte sie betont, eine angebliche „Übermacht“ des Naturschutzes in den vergangenen 30 Jahren nicht erkennen zu können. Auch den Vorwurf, man müsse „Dauerverhinderern einen Riegel vorschieben“, weist sie zurück. Die Naturschutzanwaltschaft erhebe pro Jahr lediglich drei bis vier Beschwerden.

„Ökosysteme schützen“

Die Allianz stellt die Notwendigkeit einer Novelle grundsätzlich nicht infrage. Sie müsse jedoch den heutigen Herausforderungen gerecht werden. „Klima und Biodiversität haben sich in den letzten 30 Jahren drastisch verändert. Die Novelle muss daher diese Veränderungen berücksichtigen und die lebenswichtigen Ökosystemleistungen schützen“, sagt Siegele. Ziel des



Ein Miteinander von Wirtschaft und Natur? Dazu brauche es alle Interessensvertreter am Verhandlungstisch.

VN/STEURER

hauptversammlung vor einer Woche einen Gesprächstermin angeboten.

Naturschutzanwältin Katharina Lins schildert ihre Einbindung: „Ich habe im Frühjahr vergangenen Jahres ein Sch-

offenen Briefes sei ein sachlicher und konstruktiver Beitrag zur Debatte. „Von sauberem Wasser über saubere Luft bis hin zu Hitzeschutz, Hochwasserschutz und gesunden Böden kommt eine intakte Natur sowohl den Menschen als auch der Wirtschaft zugute. Die Hitzewelle hat eindrucksvoll aufgezeigt, dass wir mit technischen Lösungen schnell an unsere Grenzen stoßen.“

Grüne unterstützen offenen Brief

Unterstützung erhält die Allianz von den Grünen. Klubobmann Daniel Zadra fordert, bei der Novelle „zurück an den Start“ zu gehen und die Naturschutzanwaltschaft von Beginn an einzubinden: „Wer sie ausschließt, gefährdet die Qualität des Gesetzes und verspielt das Vertrauen in den politischen Prozess.“ Mit Blick auf die jüngste Hitzewelle kritisiert er die Landesregierung: „Und was macht die schwarz-blaue Landesregierung? Sie öffnet die Schleusen für noch mehr Beton und Asphalt.“

Der Gesetzesentwurf soll wie angekündigt im August in Begutachtung gehen, bestätigte Gantner.

JULIA SCHILLY-POLOZANI

julia.schilly@vn.at
05572 501-490



EINFACH MEHR ERFAHREN
<https://VOL.AT/supzXR>

POLITIK IN KÜRZE

Supermärkte geben Steuersenkung weiter

WIEN Die seit 1. Juli geltende Mehrwertsteuersenkung auf ausgewählte Grundnahrungsmittel von 10 auf 4,9 Prozent wird laut Oesterreichischer Nationalbank (OeNB) weitgehend an die Konsumenten weitergegeben. Die OeNB analysierte online verfügbare Preise der zwei größten Supermarktketten und eines Online-Supermarkts. Die durchschnittliche Preisreduktion entspreche nahezu einer vollständigen Weitergabe der Steuerermäßigung, heißt es. Die Steuersenkung dämpfe die Nahrungsmittel- und Gesamtinflation vorübergehend geringfügig.

Gasreserve um zwei Jahre verlängert

WIEN Die strategische Gasreserve wird um zwei weitere Jahre verlängert. Die entsprechende Ver-



Die Gasspeicher sind derzeit zu etwa 55 Prozent gefüllt.

APA

ordnung erreichte am Montag im Hauptausschuss des Nationalrats die notwendige Zweidrittelmehrheit. Sowohl die Grünen als auch die FPÖ stimmten dem Regierungsvorhaben zu. Die Gasreserve umfasst 20 Terawattstunden und läuft damit bis zum 1. April 2029 weiter. Für die Maßnahme sind im Doppelbudget 2027/2028 insgesamt 240 Millionen Euro eingeplant. Die Menge würde

im Notfall den Verbrauch von bis zu zwei Wintermonaten abdecken. Sie sichere mehr als 840.000 Haushalte und die heimische Industrie ab, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Die Gasspeicher sind hierzulande derzeit etwa zu 55 Prozent gefüllt, das entspricht rund 55,17 Terawattstunden. Der Jahresverbrauch liegt in Österreich bei etwa 75 Terawattstunden.

Bauer für Regelung von Egg Freezing

WIEN Familienministerin Claudia Bauer (ÖVP) will das Social Egg Freezing rasch gesetzlich verankern. Sie spricht sich für eine Altersgrenze zwischen 45 und 50 Jahren für das Einsetzen eingefrorener Eizellen aus. Für die Entnahme brauche es keine Altersgrenze. Der VfGH hatte das Verbot 2025 als verfassungswidrig beurteilt. Bis 31. März 2027 braucht es eine neue Gesetzeslage.



Kommentar
Julia Ortner

Lyhanna lebt hier nicht mehr

Sie war elf Jahre alt, als sie vergewaltigt und ermordet wurde. Anfang Juni fand man die Leiche von Lyhanna im ländlichen Département Gers im Südwesten Frankreichs. Der Körper des Mädchens lag in einem Getreidesilo, der Verdächtige war schnell

„Gerade auch Kinder brauchen Bestärkung, um Missbrauch entgegen zu können oder Täter zu benennen.“

gefunden. Der mutmaßliche 41-jährige Sexualstraftäter, in dessen Auto Lyhanna zuletzt gesehen wurde, war schon in der Vergangenheit mehrfach wegen Vergewaltigung Minderjähriger angezeigt worden, folgenlos. Aktuell liegt seit 2025 eine Anzeige wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen gegen ihn vor, er war in diesem Fall bisher nicht einmal verhört worden.

Wie konnte dieser Mann überhaupt noch frei herumlaufen? Diese Frage haben auch Zehntausende gestellt, die am vergangenen Samstag in mehreren französischen Städten gegen sexuelle Gewalt protestiert haben. 180 Verbände haben sich für die Demonstrationen zusammengeschlossen und fordern jetzt ein umfassendes Gesetz statt „Einzelmaßnahmen und -gesetzen“, um die leider alltägliche sexuelle Gewalt im Land effektiv zu bekämpfen. Der Arzt Gilles Lazimi, Gründer einer Organisation gegen Gewalt an Kindern, nennt erschreckende Zahlen: 160.000 Kinder, mehrheitlich kleine Mädchen, werden jedes Jahr Opfer von sexualisierter Gewalt. Und 70.000 unbearbeitete Dossiers liegen bei der Justiz.

Diese Dossiers sollen bis zum 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, abgearbeitet werden, hat nun Justizminister Gérald Darmanin erklärt. Ein Versprechen, das so schnell kaum einzulösen sein wird. Auch bessere Gesetzgebung, mehr Mittel für Landgerichte oder Bürokratieabbau in der Justiz werden an den tiefer liegenden Gründen des großen Ausmaßes sexualisierter Gewalt wenig ändern können. Unsere Gemeinschaften müssen die gesellschaftliche Anstrengung auf sich nehmen, endlich eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich kein Opfer von Gewalt oder Übergriffen schämt und meint, sich dem großen Schweigen unterwerfen zu müssen. Sondern gesehen und gehört wird. Gerade auch Kinder brauchen Bestärkung, um Missbrauch entgegen zu können oder Täter zu benennen.

Es war die Französin Gisele Pelicot, die im Oktober 2024 bewusst ein öffentliches Verfahren gegen ihren früheren Ehemann und seine Mittäter wählte, um den unbekannten Opfern von unter Betäubung verübten Vergewaltigungen ein Gesicht zu geben. Sie kämpfte damit gegen alte Bilder an, die nicht nur in Frankreich nach wie vor weit verbreitet sind: gegen die Vorstellung mancher Männer, Frauen und Kinder seien ihr Eigentum. Solchen Menschen und ihren Taten müssen Politik und Gemeinschaft mit aller Entschlossenheit entgegenreten, um andere vor dem Schicksal von Lyhanna zu bewahren.



JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln, lebt in Wien und ist Redaktionsleiterin von ORF.at.

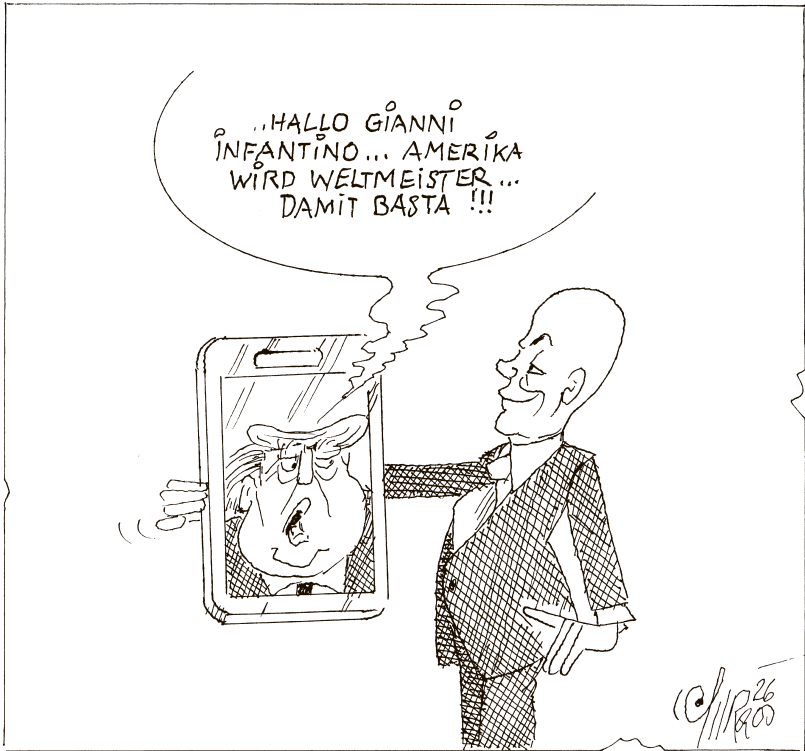


IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

KARIKATUR

Intervention bei der (Ma)Fifa!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT